

Nr. 03 | Oktober 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

das umstrittene Agrarpaket, die verschärfte Düngeverordnung und das ständige Bauern-Bashing haben das Fass nun zum Überlaufen gebracht: Am Dienstag sind bundesweit tausende Landwirte gegen die aktuelle Umwelt- und Agrarpolitik auf die Straße gegangen. Und das waren nicht alte, unverbesserliche Bauern, die ihrem Unmut Luft gemacht haben. Das waren Landwirte mit Leib und Seele, die ihren Beruf von der Pike auf gelernt haben und die viel dafür tun, ihre Äcker noch nachhaltiger, ressourceneffizienter und umweltfreundlicher zu bewirtschaften. Es waren vor allem Jungbauern, die nach der Ausbildung oder dem Studium leider mit jedem Jahr erkennen müssen, dass immer mehr Verantwortung und Druck auf deren Betrieben und Familien lasten. Und als ob das nicht schon genug wäre, setzt Katjes mit seinem Werbespot für vegane Schokolade noch eins oben drauf - und diskriminiert und verunglimpft damit einen ganzen Berufsstand.

Ich bin tief betroffen, wie sehr sich die Verzweiflung auf den deutschen Höfen verbreitet hat. Daher tue ich alles, um Politik und Gesellschaft für dieses essenzielle Thema zu sensibilisieren. In einem Brief an unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel habe ich zusammen mit meinen CDU-Kollegen im Europäischen Parlament, Peter Jahr und Norbert Lins, Stellung genommen zur aktuellen Stimmung unter deutschen Bauern mit der Bitte, deren Sorgen endlich ernst zu nehmen. Und natürlich auch auf europäischer Ebene setze ich mich für die Interessen unserer Bäuerinnen und Bauern ein. So stellte ich mit Norbert Lins eine Anfrage bezüglich der Umsetzung der EU-Nitrat-Richtlinie in der Europäischen Union an die Kommission. Ich bin gespannt auf die Antworten.

Die Schwerpunkt-Themen bei der Plenarsitzung vom 21. bis 24. Oktober 2019 waren:

- Bilanz der Juncker-Kommission
- Brexit, Haushalt, Klima: Debatte zur Bilanz des jüngsten EU-Gipfels
- EU-Investitionen 2020: Eine Brücke ins Europa der Zukunft
- Aussprache und Abstimmung über türkischen Feldzug in Nordsyrien
- EU-Beitrittsperspektiven für Albanien und Nordmazedonien
- EU-Globalisierungsfonds: Arbeitnehmer-Hilfen für Brexit-Opfer
- Nach Anschlag in Halle: Debatte zu Gefahren des gewalttätigen Rechtsextremismus

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihre

Marlene Mortler

Bilanz der Juncker-Kommission

In einer Debatte mit Jean-Claude Juncker am Dienstagmorgen zogen die Abgeordneten eine Bilanz der Arbeit und der Leistungen der scheidenden EU-Kommission. Juncker äußerte sich enttäuscht darüber, dass die Bankenunion - die er als Schlüssel zur Bekämpfung zukünftiger Krisen sieht - nicht abgeschlossen wurde, nannte aber Erfolge wie die die europäische Säule sozialer Rechte und die Entsenderegeln als wichtige Schritte zur Gewährleistung der Würde der Arbeitnehmer. Als Erfolge wurden unter anderem die Beziehungen zu Afrika und 15 neue Handelsabkommen genannt. Für Juncker jedoch ist der größte Erfolg, dass der Frieden in Europa erhalten geblieben ist. Er forderte die Abgeordneten auf, den Kampf für Europa und gegen den "dummen" Nationalismus fortzusetzen. Verschiedene Fraktionsvorsitzende dankten dem Kommissionspräsidenten für seine Bemühungen in den letzten fünf Jahren bei den Wirtschafts- und Migrationskrisen und den Brexit-Verhandlungen, sowie dafür, dass soziale Fragen auf die Tagesordnung gesetzt wurden, und für die Abkehr von der Austeritätspolitik. Sie lobten ihn auch dafür, dass er keine Kompromisse in Sachen Freiheiten eingegangen ist und die Steuerhinterziehung bekämpft hat. Einige hoben auch die Bemühungen der Kommission hervor, Investitionen zu fördern, den Binnenmarkt zu stärken und die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten. Einige Abgeordnete kritisierten die Juncker-Kommission aber auch dafür, dass sie nicht genug getan habe, um den Klimawandel zu bekämpfen, und verurteilten Maßnahmen zum Schutz von Informanten als zu vorsichtig.

Brexit, Haushalt, Klima: Debatte zur Bilanz des jüngsten EU-Gipfels

Am Dienstagmorgen haben die Abgeordneten die Ergebnisse des Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs vom 17. bis 18. Oktober erörtert. In seiner letzten Rede im Europäischen Parlament als Präsident des Europäischen Rates verurteilte Donald Tusk die einseitige Militäraktion der Türkei in Nordostsyrien. Er forderte die Türkei auf, ihre Truppen zurückzuziehen und das humanitäre Völkerrecht zu achten. Er bekräftigte auch die Solidarität der EU mit Zypern angesichts der illegalen Bohrungen der Türkei vor ihrer Küste. Zum Brexit-Deal betonte er, „wir werden uns nie für ein No-Deal-Szenario entscheiden“. Die Entscheidung, keine Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien aufzunehmen, bezeichnete Präsident Tusk als einen „Fehler“. Auch der scheidende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker betonte die Bedeutung eines Brexit-Deals. Nur ein Austrittsvertrag könne für Rechtssicherheit sorgen und sei im Interesse des Europäischen Parlaments. Im Hinblick auf den EU-Haushalt betonte er, dass die jüngsten Vorschläge des Rates nicht akzeptabel seien. Natürlich sei ein größeres Budget eine Herausforderung, aber „man kann Europa nicht mit 1 Prozent des BIP gestalten“. Die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien betonten, dass es nicht ausreichte, die Türkei zu verurteilen. Sie forderten den Rat, die Kommission oder die Mitgliedstaaten auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Die Einigung auf ein Brexit-Abkommen begrüßte die Mehrheit der Abgeordneten. Bevor das Europäische Parlament den Vertrag prüft, müsste dieser aber vom britischen Parlament angenommen werden. Den gewählten Vertretern beider Seiten müsse hierfür genügend Zeit eingeräumt werden. Ein Großteil der Redner forderte den Rat auf, im nächsten Rahmenhaushalt eine angemessene Finanzierung der ambitionierten Ziele des Parlaments und der designierten Kommissionspräsidentin von der Leyen zu sichern. Die Mehrheit der Abgeordneten verurteilte, dass der Europäische Rat es trotz der EU-weiten Zustimmung nicht geschafft habe, einstimmig für eine EU-Erweiterung im West-Balkan zu stimmen.

EU-Investitionen 2020: Eine Brücke ins Europa der Zukunft

Die Abgeordneten haben am Mittwoch ihren Standpunkt zum EU-Haushalt 2020 festgelegt. Er soll „einen soliden Ausgangspunkt für den Start einer neuen Generation von Programmen“ der EU bieten. Daher haben die Abgeordneten den Haushaltsentwurf der Kommission um insgesamt mehr als 2 Milliarden Euro beim Klimaschutz aufgestockt. Außerdem haben sie die Mittel für die Jugendbeschäftigungsinitiative (YEI) und die Erasmus+-Programme erhöht und zusätzliche Unterstützung, im Einklang mit den Prioritäten des Parlaments, in Bereichen wie KMU, Forschung, Digitalisierung, Migration und Außenpolitik, einschließlich Entwicklung und humanitäre Hilfe, beschlossen. „Die heutige Abstimmung über den Haushaltsplan 2020 zeigt die Geschlossenheit des Parlaments und die Einigkeit der Fraktionen: Ehrgeizige Klimaziele und Umweltschutz können Hand in Hand gehen mit Programmen, die neue Arbeitsplätze schaffen, europäische Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit stärken“, so die Hauptberichterstatte für den EU-Haushalt 2020 (Einzelplan Kommission), Monika Hohlmeier MdEP. Etwa 93 Prozent des EU-Haushalts fließen in konkrete Projekte vor Ort in den EU-Ländern und in Drittländern. Davon profitieren Bürger, Regionen, Städte, Landwirte, Forscher, Studenten, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen.

Aussprache und Abstimmung über türkischen Feldzug in Nordsyrien

Das Parlament hat sich am Mittwochmorgen mit der türkischen Militäroperation in Nordostsyrien und deren Folgen auseinandersetzen. Die Abgeordneten verurteilen „auf das Schärfste“ den Militäreinsatz der Türkei im Nordosten Syriens und fordern diese auf, sämtliche Streitkräfte aus dem syrischen Hoheitsgebiet abzuziehen. In einer Entschliebung, die am Donnerstag per Handzeichen angenommen wurde, warnen die Abgeordneten, dass der Militäreinsatz der Türkei im Nordosten Syriens einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt und die Stabilität und Sicherheit der gesamten Region gefährdet. Sie lehnen zudem die Pläne der Türkei, entlang der Grenze im Nordosten Syriens eine „sogenannte Sicherheitszone“ einzurichten, entschieden ab und äußern sich besorgt darüber, dass das amerikanisch-türkische Abkommen über eine vorläufige Waffenruhe eine türkische Besetzung der „Sicherheitszone“ im Nordosten Syriens legitimieren könnte. Das Parlament bekundet seine Solidarität mit den kurdischen Bewohnern der Region und weist auf den wichtigen Beitrag hin, den die Streitkräfte unter kurdischer Führung, insbesondere die Frauen, im Kampf gegen den IS geleistet haben. Es zeigt sich äußerst besorgt angesichts von Berichten, denen zufolge Hunderte IS-Gefangene im Zuge der türkischen Offensive aus den Lagern in Nordsyrien fliehen konnten, was die Gefahr eines erneuten Erstarkens dieser terroristischen Gruppe erhöhe. Die Abgeordneten halten es für nicht hinnehmbar, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan Flüchtlinge benutzt, um die EU zu erpressen. Sie fordern den Rat auf, eine Reihe gezielter Sanktionen und Visasperren gegen türkische Amtsträger zu verhängen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zeichnen, sowie die Annahme angemessener, zielgerichteter wirtschaftlicher Maßnahmen gegen die Türkei zu prüfen. Außerdem schlagen sie vor, die Aussetzung der Handelspräferenzen im Rahmen des Abkommens über landwirtschaftliche Erzeugnisse und als letztes Mittel die Aussetzung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei zu erwägen.

EU-Beitrittsperspektiven für Albanien und Nordmazedonien

In einer am Donnerstag angenommenen Entschliebung betont das Europäische Parlament, dass beide Länder die Voraussetzungen für die Aufnahme von

Beitrittsverhandlungen erfüllen. Das Europäische Parlament ist daher zutiefst enttäuscht darüber, dass auf dem EU-Gipfel am 17. und 18. Oktober keine Einigung über die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmakedonien erzielt wurde. Die Abgeordneten bedauern den Schritt Frankreichs, Dänemarks und der Niederlande, die Entscheidung zu blockieren. Sie sagen, dass Albanien und Nordmakedonien in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben und die Kriterien der EU für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllen. Die Abgeordneten loben vor allem die Bemühungen Nordmazedoniens, schwierige bilaterale Fragen mit seinen Nachbarländern zu lösen. Sie begrüßen auch die jüngsten Justizreformen in Albanien. Das Parlament betont, dass die "Nichtentscheidung" der Staats- und Regierungschefs der EU ein strategischer Fehler ist, der die Glaubwürdigkeit der EU beeinträchtigt und eine negative Botschaft an andere mögliche Kandidatenländer sendet. Es könnte auch anderen ausländischen Akteuren - deren Tätigkeit möglicherweise nicht im Einklang mit den Werten und Interessen der EU steht - ermöglichen, sowohl mit Albanien als auch mit Nordmakedonien enger zusammenzuarbeiten, so die Abgeordneten. Die Abgeordneten fordern die EU-Länder auf, verantwortungsbewusst gegenüber Albanien und Nordmakedonien zu handeln und auf der nächsten Sitzung eine einstimmig positive Entscheidung zu treffen.

EU-Globalisierungsfonds: Arbeitnehmer-Hilfen für Brexit-Opfer

Die Abgeordneten wollen den EU-Fonds für die Anpassung an die Globalisierung auch für die Unterstützung von Arbeitnehmern nutzbar machen, die durch einen „No-Deal“-Brexit arbeitslos werden. Daher billigten die Abgeordneten die Änderung des EU-Globalisierungsfonds EGF, der Arbeitnehmer dabei unterstützt, sich neu zu orientieren und einen neuen Job zu finden. Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) finanziert aktive arbeitspolitische Maßnahmen wie die Umschulung einzelner Arbeitnehmer, Berufsberatung, Ausbildung, Umzugsbeihilfen oder Hilfe bei Unternehmensgründungen. Die vorgeschlagenen Änderungen sehen vor, dass Entlassungen in der EU, die durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU ohne Austrittsvereinbarung bedingt sind, ebenfalls in den Anwendungsbereich des EGF fallen sollten. Bisher konnten die EU-Regierungen nur EGF-Finanzhilfen für Arbeitnehmer und Selbständige beantragen, die aufgrund der Globalisierung oder einer Wirtschaftskrise ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die vorgeschlagene Änderung ist Teil der Notfallmaßnahmen, die die EU ergreift, um die negativen Folgen eines „No-Deal“-Brexits für europäische Bürger, Unternehmen und Verwaltungen abzumildern.

Nach Anschlag in Halle: Debatte zu Gefahren des gewalttätigen Rechtsextremismus

Nach dem jüngsten Terroranschlag auf eine Synagoge in Halle in Sachsen-Anhalt haben die Abgeordneten am Montag über gewalttätigen Rechtsextremismus diskutiert. Das Parlament ist besorgt über die zunehmende Normalisierung von Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. In einer Entschließung beklagen die Abgeordneten, dass der gegenwärtige Anstieg der Fremdenfeindlichkeit in Europa dadurch ermöglicht wurde, dass man keine entschiedenen Maßnahmen gegen neofaschistische und neonazistische Gruppierungen ergriffen hat. Die Abgeordneten betonen, dass die Straflosigkeit, mit der rechtsextreme Organisationen in einigen Mitgliedstaaten agieren, zu den Gründen für den Anstieg von Gewalttaten gehört, die die gesamte Gesellschaft in Mitleidenschaft zieht, und die sich gezielt gegen bestimmte Minderheiten richtet. Sie fordern daher die Mitgliedstaaten auf, eigens Polizeieinheiten zur Bekämpfung von Hassverbrechen einzurichten, um zu gewährleisten, dass diese Verbrechen untersucht und strafrechtlich verfolgt werden. Sie drängen zudem die Mitgliedstaaten dazu, dafür zu sorgen, neofaschistische und neonazistische Gruppierungen und jegliche sonstige Stiftung oder Vereinigung,

die den Nationalsozialismus und Faschismus verherrlicht, „wirksam zu verbieten“. Die Abgeordneten fordern zudem die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Unternehmen der sozialen Medien auf, der Verbreitung von Rassismus, Faschismus und Fremdenfeindlichkeit im Internet entgegenzuwirken. Außerdem sollten EU-Länder „Aussteigerprogramme“ auflegen, um Menschen dabei zu helfen, militante neofaschistische und neonazistische Gruppierungen zu verlassen.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Redaktion: Sarah Schöffler